

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

Berlin, Freitag, den 6. October 1893.

Die Wahlausrufe der Conservativen, der Nationalliberalen und des Centrums.

Die von den Conservativen, den Nationalliberalen und dem Centrum erlassenen Wahlausrufe geben einen Einblick in die Ziele, welche diese Parteien bei den bevorstehenden Wahlen und in der fünfjährigen Gesetzgebungsperiode, für welche jetzt das Abgeordnetenhaus gewählt werden soll, verfolgen, indem sie zugleich auf die bisherige Thätigkeit des Landtags einen Rückblick werfen. In letzterer Beziehung kann es nur angenehm berühren, daß alle drei Parteien in dem Urtheil über die soeben zum Abschluß gebrachte Steuerreform übereinstimmen. Auch das Centrum, das doch wegen der seinen Wünschen nicht entsprechenden Aenderungen des Wahlgesetzes schließlich gegen die betreffenden Gesetze gestimmt hat, nimmt für sich in Anspruch, dem der Reform zu Grunde liegenden Principe einer gerechteren Vertheilung der Steuerlasten zugestimmt und nach Kräften zu dessen Verwirklichung beigetragen zu haben. Diese Uebereinstimmung in der Beurtheilung der Vorzüge der Steuerreform darf als eine willkommene Schutzwehr gegen die Versuche gelten, die in freisinnigen Blättern oft genug gemacht worden sind und an denen es sicher auch nicht bei den Wahlen fehlen wird, nämlich wegen angeblicher Ueberlastung dieser oder jener Klasse Mißstimmung zu erzeugen und die in Steuersachen zur Gewohnheit gewordene Klage der Ueberbürdung zu unterstützen.

Mit Recht heißt es in dem conservativen Wahlausruf, daß es sich zunächst darum handeln werde, die in der verfloffenen Legislaturperiode geschaffenen großen Organisationsgesetze sich einleben zu lassen. In der That ist unser Verwaltungsapparat derartig angespannt, daß er nicht mit neuen organisatorischen Gesetzen zu belasten ist, bevor nicht die Steuergesetze und die Landgemeindeordnung vollkommen zur Gewohnheit geworden sind. Auch der nationalliberale Wahlausruf erkennt dies an, indem er es als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Landtags bezeichnet, „die Ausführung der im Reiche wie in Preußen erlassenen Gesetze in einem wahrhaft volksfreundlichen Sinne zu überwachen“; nur wird dieses Überwachen in erster Linie Sache der Staatsregierung sein.

Gleichwohl fehlt es in allen drei Wahlausrufen nicht an neuen Forderungen für die Zukunft. In einem Punkte aber stimmen sie auch in Bezug hierauf überein: „die Erhaltung und Förderung der Mittelklassen unserer ländlichen und städtischen Bevölkerung“ wird von den Conservativen, „gedeihliche Entwicklung des Erwerbslebens unter gleichmäßiger Wahrnehmung der Interessen von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel“ von den Nationalliberalen, „die Förderung des Wohles der Handwerker und Arbeiter, die Befestigung des Grundbesitzes, die Besserung der landwirthschaftlichen Verhältnisse, die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes“ von dem Centrum gefordert. Werden hier auch im Einzelnen die Meinungen über die Mittel und Wege dazu auseinandergehen, so bietet doch die gemeinsame Richtung ein Feld der Thätigkeit, auf welchem die Parteien sich zusammenfinden können.

Daneben aber werden andere Ziele in den Vordergrund gestellt, welche das Bestreben bekunden, neue Kämpfe auf dem Gebiete der Schule hervorzurufen. Der conservativ Wahlausruf freilich will diese Kämpfe folgerichtig — da eben vorläufig keine Zeit für den Erlaß neuer organisatorischer Gesetze vorhanden ist — für eine spätere Zeit vorbehalten. Um so stärker betonen die anderen beiden Wahlausrufe ihre auf diesem Gebiet weit auseinandergehenden, sich direkt bekämpfenden Bestrebungen. Diesen Rundgebungen können wir indeß keinen anderen Werth beimessen als den, die Wähler zu einer entschiedeneren Stellung gegen die gegnerische Partei zu beeinflussen. Die Prinzipien, welche sowohl die Nationalliberalen wie das Centrum auf dem Gebiete der Schule befolgen, sind hinlänglich bekannt; es fragt sich nur,

ob die Zeit dazu angethan ist, die bestehenden Gegensätze und Kämpfe zum Austrag zu bringen. Das Bedürfniß großer Eile hierfür muß in Abrede gestellt werden, und jedenfalls wäre es im Interesse der Sache besser, wenn sich die aufgeregten Leidenschaften erst wieder mehr beruhigten, als daß sie von Neuem angefacht werden. Nur als Waffe im Wahlkampf sollte aber die Schulfrage nicht benutzt werden.

Was sonst noch an kirchenpolitischen Wünschen von dem Centrum vorgetragen wird, wollen wir heute nicht näher erörtern; desgleichen nicht die von den Nationalliberalen erhobene Warnung vor „Rückschritten“ und „reactionären Beschränkungen“: es sind dies Ausschmückungen der beiderseitigen Programme, von denen man sich eine gewisse Wirkung verspricht, die aber in den wirklichen Verhältnissen nicht begründet sind. Die Gefahren, die uns bedrohen, liegen auf einer ganz anderen Seite: es sind dies die demagogischen Bestrebungen in jedem Gewande, mögen sie von socialdemokratischer, freisinniger oder welcher Seite immer ausgehen, gegen die sich die Parteien vereinigen sollten, statt sich zu bekämpfen. Gegen diese Bestrebungen vorzugehen, sollte Sache aller derer sein, die — wie es in der „Schlef. Ztg.“ treffend heißt — festhalten an dem monarchischen Gedanken und denen eine starke Regierung lieber ist, als zügellose Volksherrschaft, denen der Thron der Hohenzollern als der festeste Hort erscheint. Hieraufhin mögen die Wähler die Programme, die Parteien und deren Vertreter prüfen, nicht aber sich hiervon durch andere Bestrebungen ablenken lassen.

Die „Wissenschaft“ der Socialdemokratie.

VI. „Entwicklung“ und „Naturnothwendigkeit“.

Die Beschränkung, die sich das Programm im Vergleich zu dem communistischen Manifest in den Uebergangsforderungen auferlegt, hat zunächst einen taktischen Grund. Marx, dem es darauf ankam, die auffälligen Elemente der alten und der neuen Welt in einem großen Communistenbunde zu sammeln, der konnte mit der Sprache frei herausgehen und brauchte nicht zu verhehlen, daß sein Ziel, „die Umwälzung der ganzen Productionsweise,“ nur „vermittelt durch despotische Eingriffe in das Eigenthumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse“ zu erreichen sei, was er 27 Jahre später die „Dictatur des Proletariats“ nannte. Daher in dem Manifest als Uebergangsmaßregeln, die in den fortgeschrittensten Ländern ziemlich allgemein durchzuführen wären, u. A. aufgestellt sind: Expropriation des Grundeigenthums, Abschaffung des Erbrechts und Confiscation des Eigenthums aller Emigranten und Rebellen! Es wäre taktisch der Gipfel der Ungeschicklichkeit, wenn eine doch innerhalb eines nationalen Staatswesens wirkende Partei, die sich eben anschiebt, auf die Dörfer zu gehen, den Bauern solche Dinge vor den Kopf sagen wollte.

Außerdem aber bildet sich wenigstens ein Theil der Partei wirklich ein, in diesem Punkt „wissenschaftlich“ über Marx hinausgekommen zu sein und den letzten Rest von Utopisterei abgestreift zu haben, indem der Uebergang in die communistische Gesellschaft und ihr Aussehen ganz der „Entwicklung“ überlassen wird. Dem Fabelwesen „communistische Gesellschaft“, das Alles kann, alle Bedürfnisse befriedigt, Allen das höchste Maß von Wohlbehagen verbürgt, entspricht die geheimnißvolle Kraft der „Entwicklung“, die ohne Zuthun der Menschen wirkt, bis der Collectivmensch fertig ist. Dann hört sie natürlich auf.

Die Entwicklung im Leben der Völker vollzieht sich nicht mit der Sicherheit eines chemischen Processes in den Bestandtheilen der Erde, sondern hängt von der Einsicht, der Bildung, der sittlichen